



Perspektive Schweiz

Die Online-Umfrage

Umfrageergebnisse 2007

Kurzfassung

Weitere Informationen und die vollständige Publikation finden Sie unter:
<http://www.perspektive-schweiz.ch>

29.10. 2007– 03.01.2008
18'506 Teilnehmer
51 Fragen

Sponsoren:

 VICTORINOX

news.ch



UBS

Inhaltsverzeichnis

Studie Perspektive Schweiz	S.2
Repräsentativität	S.2
Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze	S.3
Zusammenfassungen:	
Familien- und Jugendpolitik	
Übersicht	S.4
Erläuterungen	S.5
Wirtschaftspolitik	
Übersicht	S.8
Erläuterungen	S.9
Energie- und Klimapolitik	
Übersicht	S.11
Erläuterungen	S.12
Integrations- und Migrationspolitik	
Übersicht	S.15
Erläuterungen	S.16
Stichprobe und Methodik.....	S.19
Danksagungen	S.20

Die vollständigen Ergebnisse von allen „Perspektive Schweiz“-Umfragen finden Sie in einer einfach zu bedienenden Online-Datenbank unter <http://ergebnisse.perspektive-schweiz.ch/>

Impressum

Perspektive Schweiz

c/o Vernunft Schweiz
Postfach 211
9013 St.Gallen
www.vernunft-schweiz.ch
www.perspektive-schweiz.ch

„Perspektive Schweiz“ ist ein Projekt von:



Vernunft Schweiz
Die neutrale Informationsplattform

Mit freundlicher Unterstützung durch die
Kommunikationsagentur:



Karl F. Schneider AG
Kommunikationsagentur

Redaktion:

Andreas Christen, Raphael Felber, Sandro Bernasconi, Christof Rauber, Laurent Marmy, Daniel Palmer, Andreas Burch

Alle geschlechtsspezifischen Bezeichnungen im Bericht gelten grundsätzlich immer für Frauen und Männer.

Alle Daten und Grafiken dürfen unter Angabe der Quelle frei verwendet werden.

Publikation: März 2008

Studie Perspektive Schweiz

Perspektive Schweiz ist die Online-Umfrage zur Zukunft der Schweiz. Über 18'500 Teilnehmer aus der ganzen Schweiz haben während neun Wochen zu verschiedenen politischen Vorschlägen und Ideen Stellung genommen. Auf www.perspektive-schweiz.ch konnte der dreisprachige Fragebogen mit 51 Fragen anonym ausgefüllt werden.

Fragen wurden zu folgenden Themenbereichen gestellt: Familien- und Jugendpolitik, Wirtschaftspolitik, Energie- und Klimapolitik sowie Integrations- und Migrationspolitik. Das Ziel der Umfrage ist es, politische Vorschläge in einem frühen Stadium der Diskussion auf ihre Mehrheitsfähigkeit hin zu überprüfen. Damit soll für Parlamentarier und interessierte Kreise eine Grundlage für politische Neuerungen geschaffen und eine Blockierung der Politik vermieden werden. Ein weiteres Ziel ist es, die Bevölkerung zu mobilisieren, um an der Diskussion über die Zukunft der Schweiz teilzunehmen und die Zukunft so aktiv mitzugestalten.

Hinter dem Projekt stehen sieben 21 – 26 Jährige Wirtschafts-, Politikwissenschaft- Umweltnaturwissenschaft- und Informatikstudenten der Universität St. Gallen und der ETH Zürich. Sie haben während bis zu einem Jahr ehrenamtlich für die Umsetzung der Studie gearbeitet. Initiiert wurde Perspektive Schweiz vom Verein Vernunft Schweiz. Vernunft Schweiz möchte, dass das Volk besser über komplexe Themen und Zusammenhänge, wie sie z.B. in der Wirtschaftspolitik vorkommen, informiert ist. Die Bevölkerung soll sich aufgrund sachlicher Argumente selber eine Meinung bilden können, ohne auf fremde Empfehlungen angewiesen zu sein. Deshalb bietet Vernunft Schweiz der Bevölkerung Zugang zu umfassenden und neutralen Informationen.

Perspektive Schweiz wird unterstützt von:

Doris Leuthard (Bundesrätin CVP),

Ueli Maurer (ehemaliger Präsident SVP),

Fulvio Pelli (Präsident FDP),

Hans-Jürg Fehr (Präsident SP) und

Ruth Genner (Präsidentin Grüne).

Repräsentativität

"Perspektive Schweiz" ist eine Internetumfrage mit dem Ziel, eine repräsentative Aussage zu treffen.

Eine normale Internetumfrage ist in der Regel nicht repräsentativ, d.h. sie sagt nichts über die Meinung der Gesamtbevölkerung aus. Dafür gibt es drei Gründe:

- Personen die kein Internet haben, können nicht an der Umfrage teilnehmen.
- Es können nur Personen an der Umfrage teilnehmen, welche davon wissen.
- Es nehmen nur Personen teil, welche am Umfragethema interessiert sind.

Damit nun "Perspektive Schweiz" trotzdem ein repräsentatives Ergebnis erhält, wurden mehrere Vorkehrungen getroffen:

- Damit möglichst alle Schweizer von der Umfrage erfahren, wurden mehr als 2.5 Millionen Internetwerbungen bei google.ch, news.ch und tagesanzeiger.ch eingeblendet. Weiter wurden über 2'500 Ortsparteien über die Umfrage informiert und über Medienarbeit und verschiedene Partner werden weitere Personen erreicht.
- Alle Antworten werden nach den demographischen Kriterien Alter, Geschlecht, Kanton und Bildung gewichtet. Damit bilden die Antworten die Schweizer Bevölkerung in diesen Punkten exakt ab.

Mit diesen beiden Vorkehrungen, speziell mit dem Gewichtungsverfahren, werden die von normalen Internetumfragen bekannten Verzerrungen fast vollständig eliminiert. Es bleibt eine kleine Restverzerrung, die nicht korrigiert werden kann, die dazu führt, dass die mögliche Abweichung der Ergebnisse vom wahren Wert ca. 2-4 Mal höher liegt als bei einer normalen Umfrage.

Die Ergebnisse von "Perspektive Schweiz" sind daher bei über 18'000 Teilnehmern mit einer Fehlertoleranz von +/- 3% repräsentativ für die Meinung der Schweizer Bürger.

Weitere Informationen zur Methodik finden Sie auf der Seite „Methodik und Stichprobe“.

Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze

Eine absolute Mehrheit erreichen folgende Vorschläge:

	Ja	k.A.	Nein
Die Saläre des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung eines Unternehmens müssen zur Genehmigung der Aktionärsversammlung vorgelegt werden.	85%	9%	6%
Ausländer, die nachweislich die Sozialwerke missbrauchen, werden des Landes verwiesen.	84%	8%	8%
Neue Gebäude müssen künftig den Minergie-Standard einhalten (Standard für das Bauen von energiesparenden Häusern).	81%	9%	10%
In der Verfassung wird festgelegt, dass die Schweiz den CO ₂ -Ausstoss bis 2020 um 20% gegenüber 1990 verringern muss. Der Bund trifft die dazu nötigen Massnahmen, um das Ziel umzusetzen.	70%	12%	18%
Es wird ein national einheitlicher Mindestlohn festgelegt.	63%	12%	25%
Glühbirnen werden in der Schweiz ab 2010 verboten. Es dürfen nur noch energiesparende Leuchtkörper verkauft werden.	63%	12%	25%
Mit Vollendung des 14. Altersjahres soll bei schweren Straftaten ein Freiheitsentzug von bis zu 4 Jahren möglich sein (bisher ab dem 16. Altersjahr).	56%	16%	28%

Eine relative Mehrheit erreichen folgende Vorschläge:

Zölle und Mengeneinschränkungen werden auf landwirtschaftliche Produkte, welche zwischen der EU und der Schweiz gehandelt werden, aufgehoben (Agrarfreihandelsabkommen).	48%	24%	28%
Heute gelten für unterschiedliche Produkte verschiedene Mehrwertsteuersätze. Neu gibt es nur noch einen einheitlichen Satz von 6%.	47%	22%	31%
Der Bau von Minaretten (muslimische Gebetstürme) wird in der Schweiz verboten.	47%	16%	37%
Anstelle einer Mutterschaftsversicherung wird eine Elternversicherung eingeführt. Die Eltern erhalten nach der Geburt eines Kindes insgesamt 14 Wochen bezahlte Ferien (gleichviel wie bisher der Mutterschaftsurlaub). Diese Ferien können zwischen Vater und Mutter beliebig aufgeteilt werden. Es entstehen Mehrkosten von 200 - 300 Mio. Franken.	45%	19%	36%

Abgelehnt wurden folgende Vorschläge:

Ausländer, die seit 8 Jahren in der Schweiz leben, erhalten das Stimmrecht auf Gemeindeebene.	45%	8%	47%
In der Schweiz dürfen Läden aller Art grundsätzlich auch an Sonn- und Feiertagen geöffnet haben.	43%	8%	49%
Städte mit mehr als 100'000 Einwohner (Zürich, Genf, Basel, Bern, Lausanne) erheben für die Zufahrt von Autos und Motorrädern in die Innenstädte Gebühren in der Höhe von 5 Franken pro Tag (Road-Pricing).	40%	12%	48%
Das Stimmrechtsalter wird auf Gemeindeebene auf 16 Jahre gesenkt.	27%	6%	67%

Familien- und Jugendpolitik

Übersicht

Nr.	Frage	Ja	k.A.	Nein
13	Jugendliche, welche aufgrund übermässigen Alkoholkonsums in ein Spital eingeliefert werden, müssen die entstehenden Kosten durch öffentlich nützliche Arbeiten wieder ausgleichen.	78%	9%	13%
14	Zur Bewertung der Schulleistung wird schweizweit ab der ersten Klasse eine einheitliche Notenskala verwendet.	80%	11%	9%
15	Schweizweit werden an allen öffentlichen Schulen Schuluniformen eingeführt.	30%	23%	47%
16	Die Polizeipräsenz an Schulen mit hoher Jugendkriminalität wird erhöht.	56%	21%	23%
17	Mit Vollendung des 14. Altersjahres soll bei schweren Straftaten ein Freiheitsentzug von bis zu 4 Jahren möglich sein (bisher ab dem 16. Altersjahr).	56%	16%	28%
18	Anstelle einer Mutterschaftsversicherung wird eine Elternversicherung eingeführt. Die Eltern erhalten nach der Geburt eines Kindes insgesamt 14 Wochen bezahlte Ferien (gleichviel wie bisher der Mutterschaftsurlaub). Diese Ferien können zwischen Vater und Mutter beliebig aufgeteilt werden. Es entstehen Mehrkosten von 200 - 300 Mio. Franken.	45%	19%	36%
19	Kinder sind bis zum 16. Lebensjahr gratis bei der Krankenkasse grundversichert. Die entstehenden Gesamtkosten tragen die Kantone.	49%	16%	35%
20	Das Stimmrechtsalter wird auf Gemeindeebene auf 16 Jahre gesenkt.	27%	6%	67%
21	Das Stimmrechtsalter wird auf Kantonsebene auf 16 Jahre gesenkt.	18%	8%	74%
22	Das Stimmrechtsalter wird auf Bundesebene auf 16 Jahre gesenkt.	15%	8%	77%

23	Alle Primarschulen in der Schweiz führen Ganztageschulen folgendermassen ein:			
	obligatorisches Betreuungsprogramm für alle Kinder			14%
	freiwilliges Betreuungsangebot (Eltern können wählen, ob sie die Betreuung möchten oder nicht)			62%
	Es werden keine Ganztageschulen eingerichtet.			17%
	Neutral / Weiss nicht			7%

24	Welches Familienbild bevorzugen Sie?			
	Die Frau ist in erster Linie für Haushalt und Erziehung verantwortlich, der Mann für den Lebensunterhalt			23%
	Der Mann ist in erster Linie für Haushalt und Erziehung verantwortlich, die Frau für den Lebensunterhalt			1%
	Es gibt keine Rollenverteilung. Beide Partner arbeiten und teilen sich die Verantwortung für Hausarbeit und Erziehung.			73%
	Andere Formen des Zusammenlebens			3%

In den letzten Jahren ist die Politik immer aufmerksamer auf die Themenfelder Familie und Jugend geworden. Es arbeiten heute viel mehr Frauen vollzeitlich als früher. Dieser Wandel wirft familienpolitische Fragen bezüglich der Integration der Frauen in die Wirtschaft oder der Betreuung der Kinder auf.

Jugendliche haben heute mehr Freiheiten und Möglichkeiten als früher. Die Politik diskutiert deshalb vermehrt, wie man einerseits die Entwicklung der Jugend angesichts dieser Rahmenbedingungen fördern kann, andererseits, wie man den Missbrauch dieser Freiheit verhindern soll.

Alkoholkonsum Jugendlicher

In den letzten Jahren mussten vermehrt Jugendliche aufgrund übermässigen Alkoholgenuß in Spitäler eingeliefert werden. Es wird nun als Massnahme gegen diesen Trend vorgeschlagen, dass die dabei entstehenden Kosten durch die betroffenen Jugendlichen mit gemeinnützigen Arbeiten ausgeglichen werden müssen.

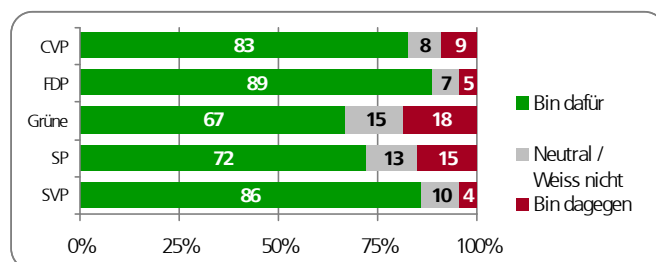
78% der Bevölkerung sind mit der Forderung einverstanden, 13% dagegen. Der Vorschlag erreicht in allen Alterskategorien eine deutliche Mehrheit, jedoch nimmt die Zustimmung mit steigendem Alter zu und erreicht bei den über 65 Jährigen eine Befürwortung von 86%. Auffallend ist, dass die Zustimmungquote in der Westschweiz und im Tessin tiefer ist. So befürwortet im Kanton Waadt nur noch eine knappe absolute Mehrheit von 53% die Vorlage. Der Vorschlag wird von Sympathisanten aller grossen Parteien deutlich befürwortet.

Einheitliche Notenskala

In der Schweiz gibt es in unterschiedlichen Regionen unterschiedliche Notenskalen und zum Teil gar keine Schulnoten. Es wird nun gefordert, schweizweit ein einheitliches Notensystem einzuführen.

Diesen Vorschlag befürworten 80% der Bevölkerung, 9% sind dagegen. Bei allen Altersgruppen findet sich eine deutliche Mehrheit, jedoch steigt die Befürwortung mit zunehmendem Alter. So stimmen 73% der 15-24 Jährigen und 86% der über 65 Jährigen dem Vorschlag zu. Die Unterstützung für das Anliegen ist schweizweit hoch. Jedoch ist in der Westschweiz eine leicht höhere Zustimmung

festzustellen (Freiburg, Genf, Waadt, Region K3 mit jeweils über 82% Zustimmung). In keinem Kanton ist der Anteil der ablehnenden Bürger höher als 14%. Die Zustimmung unter den Parteien ist am höchsten bei Anhängern von SVP (86%), FDP und Liberalen (je 89%).



Anhänger von FDP und SVP befürworten eine einheitliche Notenskala am stärksten

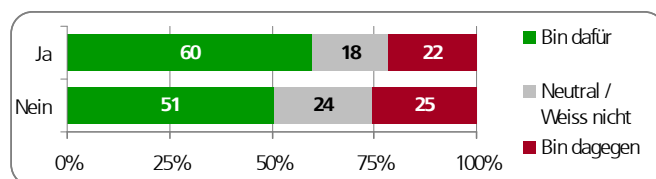
Schuluniformen

Schuluniformen werden in verschiedenen Ländern vorgeschrieben.

Eine Minderheit von 30% befürwortet den Vorschlag, schweizweit Uniformen an allen öffentlichen Schulen einzuführen, 47% der Bevölkerung lehnen den Vorschlag ab. Die Zustimmung ist bei den mittleren Alters- und Einkommenskategorien leicht höher als bei den übrigen Kategorien. Frauen befürworten den Vorschlag mit 33% (42% dagegen) etwas stärker als Männer mit 27% (51% dagegen).

Polizeipräsenz an Schulen

Von verschiedenen Seiten wurde die Forderung laut, Polizeipatrouillen an Schulen mit hoher Jugendkriminalität als sicherheitsschaffendes Mittel einzusetzen. 56% der Bevölkerung begrüßen es, dass die Polizeipräsenz an Schulen mit hoher Jugendkriminalität erhöht wird, 23% sind dagegen. Die Befürwortung steigt mit zunehmendem Alter. So stimmt dem Vorhaben bei den 15-24 Jährigen nur eine relative Mehrheit von 47% zu. Personen mit Kindern befürworten die Polizeipräsenz an Schulen stärker als Personen ohne eigene Kinder.



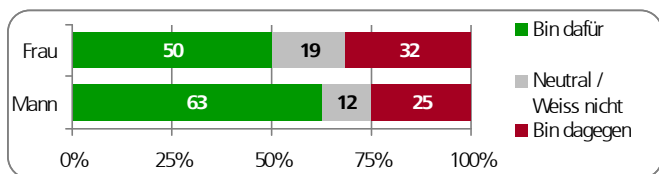
Personen mit Kindern unterstützen eine erhöhte Polizeipräsenz an Schulen mit hoher Kriminalität stärker

Bei den über 65 Jährigen hingegen ist eine absolute Mehrheit von 61% dafür. Anhänger der bürgerlichen Parteien unterstützen den Vorschlag jeweils mit einer absoluten Mehrheit. Sympathisanten der SP und der Grünen Partei verwerfen den Vorschlag mit 40% resp. 47% Nein-Stimmen.

Freiheitsentzug ab 14 Jahren

Bisher können Jugendliche erst ab 16 Jahren bei schweren Straftaten für bis zu 4 Jahren Freiheitsentzug verurteilt werden. Es steht die politische Forderung im Raum, einen solchen Freiheitsentzug bereits ab dem 14. Altersjahr zu ermöglichen.

56% der Schweizer Bevölkerung befürworten diese Massnahme zur Verschärfung des Jugendstrafrechts, 28% sind dagegen. Die Zustimmung ist bei Anhängern der SD mit 82% und der SVP mit 79% am höchsten und bei Anhängern der Grünen mit 28% und der SP mit 38% am tiefsten. Männer befürworten den Vorschlag mit 63% stärker als Frauen mit 50%.



Männer befürworten den Vorschlag, einen Freiheitsentzug schon ab 14 Jahren zu ermöglichen, stärker

Elternversicherung

Nach der Einführung der Mutterschaftsversicherung kam der Vorschlag auf, auch einen Vaterschaftsurlaub zu gewähren. Eine Elternversicherung, welche beide Aspekte kombiniert, ist eine weitere Möglichkeit. Bei der vorgeschlagenen Elternversicherung können die Eltern entscheiden, wie sie einen festen Zeitraum von 14 Wochen untereinander aufteilen möchten.

Eine relative Mehrheit von 45% befürwortet den Vorschlag, die Mutterschaftsversicherung durch eine Elternversicherung zu ersetzen, 36% sind dagegen. Die höchste Zustimmung erhält der Vorschlag in der Alterskategorie der 25-34 Jährigen mit 50%. Die Befürwortung nimmt danach mit zunehmendem Alter ab. Mit steigendem Einkommen nimmt die Ablehnung zu. 29% der Personen mit einem Einkommen von unter 3000 Franken und 44% der

Personen mit einem Einkommen von über 12'000 Franken pro Monat lehnen den Vorschlag ab. Bei Personen mit Kindern liegt die Ablehnung bei 40%, bei Personen ohne Kinder bei 31%.

Gratis Grundversicherung

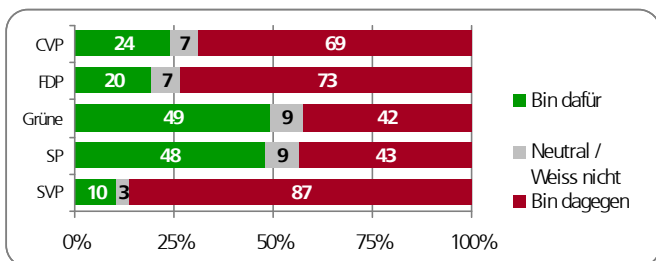
Eine relative Mehrheit von 49% befürwortet den Vorschlag, dass Kinder bis zum 16. Lebensjahr bei den Krankenkassen gratis grundversichert sind, 36% sind dagegen. Die Zustimmung ist bei der jüngsten Alterskategorie mit 59% am höchsten, nimmt mit zunehmendem Alter ab und erreicht bei den über 65 Jährigen 46%. Die Ablehnung wächst mit zunehmendem Einkommen. Bei Einkommen von unter 3000 Franken pro Monat findet sich eine absolute Mehrheit von 58%. Bei Einkommen von über 12'000 Franken lehnt eine relative Mehrheit von 49% den Vorschlag ab.

Stimmrechtsalter 16

Im Jahr 2007 hat der Kanton Glarus das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre gesenkt. Bereits seit Langem wird darüber diskutiert, ob ein solches Stimmrecht auch auf kommunaler und nationaler Ebene eingeführt werden soll.

Die Gesamtbevölkerung möchte weder auf Bundes-, Kantons- noch auf Gemeindeebene das Stimmrechtsalter auf 16 senken. Die Ablehnung steigt mit der Staatsebene: 67% sind gegen ein Stimmrecht ab 16 auf Gemeindeebene, 74% lehnen dieses auf Kantonsebene und 77% auf Bundesebene ab. Alle Alterskategorien sind generell gegen ein Stimmrecht ab 16. Sympathisanten der SP und der Grünen befürworten das Stimmrecht auf Gemeindeebene, lehnen aber ein solches auf den anderen Staatsebenen ab.

Nahestehende anderer Parteien hingegen, lehnen das Stimmrecht ab 16 Jahren auf allen Ebenen ab. In keinem Kanton erreicht der Vorschlag eine Mehrheit für irgendeine Form des Stimmrechts ab 16.



Nahestehende von SP und Grünen befürworten ein Stimmrechtsalter von 16 Jahren auf Gemeindeebene mit relativen Mehrheiten

Ganztagesesschulen

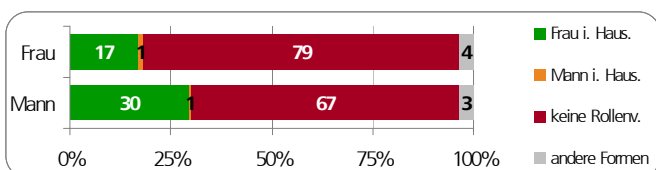
Heute arbeiten immer mehr Mütter ganztags. Es stellt sich somit die Frage, wie Kinder während dieser Zeit betreut werden. Eine Möglichkeit stellen Ganztagesesschulen dar.

62% der Bevölkerung wünschen sich die Einführung von Ganztagesesschulen mit freiwilligem Betreuungsprogramm. 14% fordern, dass die Nutzung dieses Programms für alle Kinder obligatorisch ist und 17% wünschen sich keine Ganztagesesschulen. 14% der Frauen und 20% der Männer sind gegen die Einführung von Ganztagesesschulen. Auffallend ist, dass Personen mit Kindern den Vorschlag kaum anders beurteilen, als Personen ohne Kinder.

Familienbild

Die Veränderung der Familienstrukturen während den letzten Jahrzehnten verursachen noch heute Wertedebatten.

73% der Bevölkerung bevorzugen ein Familienbild ohne klare Rollenverteilung. 23% befürworten das traditionelle Familienbild, wonach die Frau primär für Haushalt und Erziehung und der Mann primär für den Lebensunterhalt zuständig ist. 3% bevorzugen ein anderes Rollenbild. Das traditionelle Rollenbild wird von 30% der Männer und von 17% der Frauen befürwortet. 79% der Frauen gegenüber 67% der Männer bevorzugen ein Modell ohne Rollenverteilung.



Frauen befürworten ein Familienbild ohne klare Rollenverteilung stärker als Männer

Auf dem Land ziehen 26% und in Städten 21% das traditionelle Familienbild vor. Bis auf Anhänger der EDU bevorzugen die Sympathisanten aller Parteien jeweils mit einer absoluten Mehrheit ein Familienbild ohne Rollenverteilung.

Übersicht

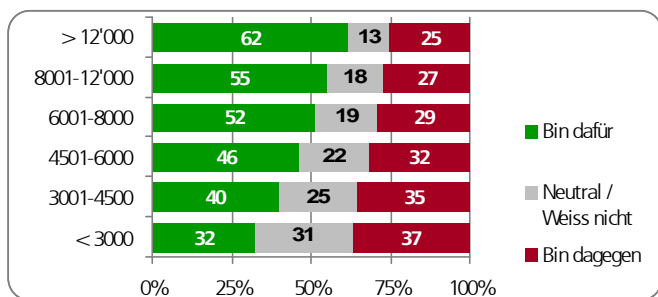
Nr.	Frage	Ja	k.A.	Nein
25	Heute gelten für unterschiedliche Produkte verschiedene Mehrwertsteuersätze. Neu gibt es nur noch einen einheitlichen Satz von 6%.	47%	22%	31%
26	Es wird ein national einheitlicher Mindestlohn festgelegt.	63%	12%	25%
27	Die Saläre des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung eines Unternehmens müssen zur Genehmigung der Aktionärsversammlung vorgelegt werden.	85%	9%	6%
28	Die Unternehmensgewinne werden nur noch von den Kantonen und den Gemeinden besteuert, aber vom Bund nicht mehr.	29%	33%	38%
29	Zölle und Mengeneinschränkungen werden auf landwirtschaftliche Produkte, welche zwischen der EU und der Schweiz gehandelt werden, aufgehoben (Agrarfreihandelsabkommen).	48%	24%	28%
30	In der Schweiz dürfen Läden aller Art grundsätzlich auch an Sonn- und Feiertagen geöffnet haben.	43%	8%	49%
31	Das Verbandsbeschwerderecht wird abgeschafft.	32%	28%	40%

Als latent wichtiges Thema hat die Wirtschaft in der Schweizer Politiklandschaft eine bedeutende Stellung. Die Schaffung und Verteilung von Wohlstand sind zentrale Anliegen, die Massnahmen dazu und die Schwerpunktbildung jedoch häufig kontrovers diskutiert.

Mehrwertsteuer

Unterschiedliche Produkte werden heute mit unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen besteuert. So beträgt der Satz für Güter des täglichen Bedarfs 2.4%, jener für Beherbergungsleistungen 3.6%. Für alle übrigen Produkte beträgt der Mehrwertsteuersatz 7.6%.

Den Vorschlag, künftig Güter und Dienstleistungen mit einem einheitlichen Satz von 6% zu besteuern, heissen 47% der Schweizer Bevölkerung gut (31% sind dagegen). Das Alter der Befragten korreliert positiv mit der Zustimmung. So stehen nur 26% der 25-34 Jährigen hinter der Idee, während 58% der über 65 Jährigen den Vorschlag gutheissen. Zudem steigt die Zustimmungquote zusammen mit dem Einkommen: In der Einkommenskategorie zwischen 3001-4500 Fr. unterstützen 40% den Vorschlag. Dagegen nehmen 62% aus der Einkommensklasse von über 12'000 Fr. den Vorschlag an.



Die Zustimmungquote zu einer einheitlichen Mehrwertsteuer steigt mit dem verfügbaren Einkommen

Einheitlicher Mindestlohn

Mindestlöhne werden heute in den meisten Branchen über Gesamtarbeitsverträge (GAV) festgelegt. Zur Frage, ob künftig der Gesetzgeber einen Mindestlohn vorschreiben soll, äussert sich eine Mehrheit von 63% der Befragten positiv. Anhänger der SP und Grünen heissen den Vorschlag beide mit 84% gut. Bei Nahestehenden der FDP lehnt eine relative Mehrheit von 45% das Vorhaben ab. Sympathisanten der Mitteparteien stimmen dem Vor-

schlag mit 62% (CVP), 65% (EVP) und 64% (Grünliberale) zu. Je höher das Einkommen ist, desto kleiner fällt die Zustimmung zum Vorschlag aus. Personen aus den beiden höchsten Bildungskategorien stehen dem Vorschlag skeptischer gegenüber als die übrige Bevölkerung. Dennoch weisen auch diese Kategorien absolute Mehrheiten für eine Zustimmung auf.

Managerlöhne

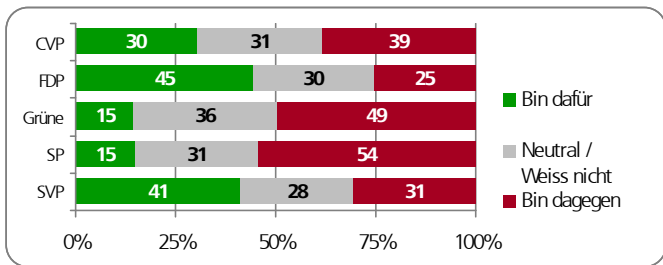
Bisher hat die Generalversammlung einer Aktiengesellschaft die Möglichkeit, Verwaltungsräte zu wählen.

Einer Neuerung, wonach die GV künftig auch die Saläre der Verwaltungsräte und der Geschäftsleitung zu genehmigen hat, stimmen mehr als vier von fünf Befragten (83%) zu. Der Vorschlag findet über die Parteigrenzen hinaus breite Zustimmung, wird jedoch am vehementesten von Anhängern der SP (94%), Grünen (90%), EVP und Schweizer Demokraten (beide 89%) vertreten.

Unternehmensgewinnsteuern

Heute werden Unternehmen vom Bund, den Kantonen und je nach Kanton auch von den Gemeinden besteuert. Der Vorschlag, die Steuerhoheit für Unternehmenssteuern den Kantonen und Gemeinden zu überlassen, würde zu einer Verschärfung des Steuerwettbewerbs und damit langfristig vermutlich zu tieferen Unternehmenssteuern führen.

Zu diesem Vorhaben äussert sich eine relative Mehrheit von 38% der Bevölkerung negativ, 29% positiv. Vor allem Anhänger der Linksparteien SP und Grüne sind mit einem Nein-Anteil von 54% resp. 49% deutlich gegen eine steuerliche Entlastung von Unternehmensgewinnen auf Bundesebene. Sympathisanten der FDP und der Liberalen weisen hingegen mit 45% resp. 46% höhere Zustimmungsraten zum Vorschlag auf. Die Befürwortung steigt mit zunehmendem Alter. Die Ablehnung steigt mit zunehmender Bildung.



Anhänger von FDP und SVP befürworten die steuerliche Entlastung von Unternehmensgewinnen auf Bundesebene mit jeweils relativem Mehr

EU-Agrarfreihandelsabkommen

Auf importierte landwirtschaftliche Produkte aus der EU werden in vielen Fällen Zölle erhoben und Mengeneinschränkungen vorgenommen. Dadurch wird einerseits die Schweizer Landwirtschaft vor Konkurrenz geschützt, andererseits sind viele Preise für landwirtschaftliche Güter höher als im Ausland.

Einer Aufhebung von Zöllen und Mengenbeschränkungen im Rahmen eines Agrarfreihandelsabkommens mit der EU stimmt eine relative Mehrheit von 48% der Bevölkerung zu. Gegen das Vorhaben votierten 28%. Mit zunehmendem Alter steigt die Unterstützung für das Anliegen: Über 65-Jährige weisen eine Zustimmungquote von 61% auf, während lediglich 32% der Personen zwischen 15 und 24 Jahren einen solchen Vorschlag unterstützen. Die Deutschschweizer Kantone befürworten alle den Vorschlag mit absoluter Mehrheit, hingegen weisen lateinische Kantone eine geringere Unterstützung auf. Die Zustimmung zur Vorlage korreliert positiv mit dem verfügbaren Einkommen.

Ladenöffnungszeiten

43% der Bevölkerung sind der Meinung, dass Läden an Sonn- und Feiertagen grundsätzlich geöffnet haben dürfen, wogegen eine relative Mehrheit von 49% den Vorschlag ablehnt. Die Unterschiede zwischen den Parteien kommen stark zum Ausdruck: So sprechen sich Anhänger der christlichen Parteien EVP und EDU nur zu 7% bzw. 4% für die Forderung aus. Hingegen befürworten Nahestehende der Liberalen und der FDP den Vorschlag mit 72% bzw. 59%. Ab 3000 Fr. steigt die Befürwortung zum Vorschlag mit zunehmendem Einkommen.

Verbandsbeschwerderecht

Das Verbandsbeschwerderecht wurde vor 35 Jahren eingeführt und gibt Verbänden das Recht, Beschwerde z.B. gegen Bauvorhaben zu führen. Seit einiger Zeit wurde aus Wirtschaftskreisen der Ruf nach der Abschaffung dieses Beschwerderechts laut.

Eine relative Mehrheit der Schweizer Bevölkerung von 40% stellt sich gegen die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts, 32% sind dafür. Deutliche Unterschiede sind bei den Geschlechtern festzustellen: 42% der Männer gegenüber 23% der Frauen befürworten den Vorschlag. Eine absolute Mehrheit der Sympathisanten von SP, Grünen und Grünliberalen votieren gegen das Vorhaben, während sich mindestens relative Mehrheiten für eine Abschaffung bei Anhängern von FDP, Liberalen und SVP finden. Mit zunehmendem Alter und zunehmendem Einkommen steigt die Befürwortung zum Vorschlag. Die Ja-Anteile zum Vorhaben sind insbesondere in den lateinischen Kantonen mit Ausnahme des Kantons Wallis niedrig.



Die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts wird in der lateinischen Schweiz nur schwach unterstützt

Energie- und Klimapolitik

Übersicht

Nr.	Frage	
32	Wie soll die künftige Energiepolitik bezüglich Atomenergie aussehen?	
	Sofortiger Ausstieg ist notwendig.	7%
	Es dürfen keine neuen Kraftwerke gebaut werden, die alten werden weiterbetrieben (Moratorium), aber nicht mehr ersetzt, wenn sie die maximale Betriebsdauer überschritten haben.	35%
	Es dürfen keine neuen Kraftwerke gebaut werden, die alten werden weiterbetrieben (Moratorium) und ersetzt, wenn sie die maximale Betriebsdauer überschritten haben.	29%
	Es braucht neben den bestehenden noch zusätzliche Atomkraftwerke.	23%
	Weiss nicht	6%

Nr.	Frage	Ja	k.A.	Nein
33	In der Verfassung wird festgelegt, dass die Schweiz den CO ₂ -Ausstoss bis 2020 um 20% gegenüber 1990 verringern muss. Der Bund trifft die dazu nötigen Massnahmen, um das Ziel umzusetzen.	70%	12%	18%
34	Neue Gebäude müssen künftig den Minergie-Standard einhalten (Standard für das Bauen von energiesparenden Häusern).	81%	9%	10%
35	Gebäude, die vor 1980 gebaut wurden, müssen auf Kosten der Hauseigentümer auf heutige Isolationsstandards umgerüstet werden.	29%	20%	51%
36	Glühbirnen werden in der Schweiz ab 2010 verboten. Es dürfen nur noch energiesparende Leuchtkörper verkauft werden.	63%	12%	25%
37	Beim Kauf eines Neuwagens der mehr als 5 Liter Benzin oder Diesel pro 100 Kilometer verbraucht, zahlt man einen einmaligen Aufschlag auf den Neupreis des Wagens. Diese Steuer beträgt 2000.- Franken pro Liter Mehrverbrauch auf 100 Kilometer. Dafür wird die heutige Motorfahrzeugsteuer abgeschafft.	41%	19%	40%
38	Neue PKWs, welche pro 100 Kilometer mehr als 10 Liter Benzin oder Diesel verbrauchen, dürfen ab 2015 nicht mehr verkauft oder importiert werden.	66%	10%	24%
39	Städte mit mehr als 100'000 Einwohner (Zürich, Genf, Basel, Bern, Lausanne) erheben für die Zufahrt von Autos und Motorrädern in die Innenstädte Gebühren in der Höhe von 5 Franken pro Tag (Road-Pricing).	40%	12%	48%
40	Ab 2015 dürfen nur noch elektronische Geräte der Energieklassen A und B verkauft werden.	78%	11%	11%

Durch das Näherrücken der prognostizierten Stromlücke wird die Diskussion der Stromproduktion immer brisanter. Soll die Schweiz auf die Atomstromproduktion setzen, alternative Energieformen vermehrt fördern oder einen Zwischenweg wählen?

Mit der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls hat sich die Schweiz zudem verpflichtet, ihren CO₂-Ausstoss zu minimieren. Stromproduktion, Verkehr und schlechte Energieeffizienz werden immer wieder als Ursachen für ein mögliches Nichterreichen des CO₂-Ziels der Schweiz erwähnt.



In der Innerschweiz und den Kantonen Aargau und Solothurn ist die Akzeptanz für Atomenergie am höchsten

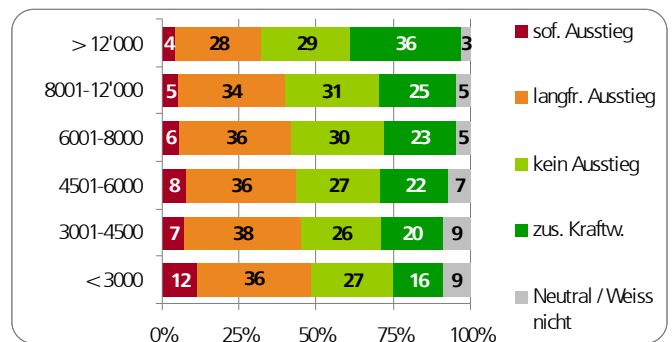
Atomenergie

Der Stromverbrauch der Schweiz steigt seit Jahrzehnten an. Ab dem Jahr 2020 werden die Atomkraftwerke (AKW) der Schweiz altershalber nach und nach abgeschaltet. Der Anteil an Strom aus den AKWs beträgt heute 38%. Da der Stromverbrauch in den nächsten Jahren voraussichtlich weiter steigen wird, wird eine Stromlücke befürchtet. Ein Lösungsvorschlag zur Schliessung dieser Lücke ist der Bau von AKWs. Die Frage zur zukünftigen Energiepolitik in Bezug auf Atomenergie wurde von Perspektive Schweiz im Jahr 2006 ein erstes Mal gestellt.

28% der Schweizer Bevölkerung möchten die aktuellen Atomkraftwerke weiter betreiben und ersetzen lassen. Überdies befürworten 23% zusätzliche Atomkraftwerke. Demnach möchten 51% auch mittel- und langfristig Atomstrom produzieren lassen. 42% (4% weniger als 2006) sind für den kurz- bis mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie. Die Akzeptanz von Atomenergie hat also im Verlauf eines Jahres leicht zugenommen.

Klar sind die Parteifronten: Anhänger der Grünen, SP und Grünliberalen befürworten den kurz- bis mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie mit 83%, 69% bzw. 63%. Für 40% der FDP- und 39% der SVP-Sympathisanten möchten neben dem Ersatz bestehender AKWs noch zusätzliche bauen. Ausser in Bern ist die Unterstützung in Kantonen mit Kernkraftwerken, grösser als im schweizerischen Durchschnitt. Die lateinische Schweiz und die beiden Basel befürworten hingegen einen kurz- bis mittelfristigen Ausstieg am stärksten.

Je höher das Einkommen, desto grösser ist der Anteil derjenigen, welche an Kernenergie festhalten möchten. Frauen sind gegenüber der Atomenergie wie schon 2006 skeptischer eingestellt als Männer.



Personen mit höherem Einkommen lehnen einen kurz- oder mittelfristigen Ausstieg aus der Kernkraft eher ab

CO₂-Ausstoss

Das CO₂-Gesetz sieht vor, dass CO₂-Emissionen bis 2010 gegenüber dem Ausstoss von 1990 um 10 Prozent bzw. 4 Millionen Tonnen CO₂ gesenkt werden. Global wird im Moment über die Strategie nach 2010 diskutiert. So ist z.B. die EU bereit, Treibhausgasemissionen um mindestens 20% gegenüber 1990 zu senken.

Der Vorschlag, den CO₂-Ausstoss in der Schweiz um 20% gegenüber 1990 zu senken, wird von 70% der Bevölkerung befürwortet, 18% lehnen ihn ab. Mit zunehmendem Alter nimmt die Zustimmung tendenziell ab. Bei den Parteien findet der Vorschlag nur bei den Anhängern der SVP (48%) und der SD (43%) keine absolute, aber dennoch eine relative Mehrheit. 97% der Anhänger der Grünen Partei befürworten das Vorhaben.

Minergie-Standard

Das Minergie-Label sieht für die Bauweise von Häusern gewisse Energiestandards vor. So ist unter anderem eine maximal zulässige Heizenergie, eine Mindestanforderung an die Isolation und eine mechanische Lüftung der Räume mit Wärmerückgewinnung vorgeschrieben. Inzwischen wird dieser Standard immer mehr freiwillig eingehalten. Dennoch stehen Forderungen im Raum, das Label für Neubauten obligatorisch zu machen.

Gesamtschweizerisch befürworten 81% den Vorschlag zu einem Obligatorium, 10% lehnen ihn ab. Das Vorhaben findet bei Sympathisanten aller Parteien eine absolute Mehrheit, die Ablehnung ist jedoch bei Anhängern der SD (25%), SVP und EDU (beide 18%) am grössten. Ab der Einkommenskategorie von 3000 Franken nimmt die Ablehnung mit steigendem Einkommen zu. Die Befürwortung liegt in der lateinischen Schweiz über derjenigen der Deutschschweiz.

Isolationsstandard für Gebäude

Ein grosses Energiesparpotential wird in der verbesserten Isolation von Wohnhäusern und der damit einhergehenden Senkung des Stromverbrauchs zur Heizwärmebereitstellung gesehen. Bei Häusern aus dem Jahre 1975 besteht beispielsweise ein Energie-Einsparpotential von 20% bis 30%.

Der Vorschlag wird mit einem absoluten Mehr von 51% abgelehnt. 29% der Bürger stimmen ihm zu. Nur bei den Anhängern der Grünen und der SP findet sich ein relatives Mehr mit 47% resp. 39%. Der Kanton Genf befürwortet als einziger Kanton das Vorhaben mit einer absoluten Mehrheit. Ab 3000 Fr. nimmt die Ablehnung mit steigendem Einkommen zu.

Energiesparende Leuchtkörper

Australien entschied als erstes Land der Welt die herkömmliche Glühbirne bis 2010 durch Stromsparlampen ersetzen. Es wird nun vorgeschlagen, in der Schweiz ebenfalls ein Verbot für Glühbirnen einzuführen.

63% der Bevölkerung stimmen dem Vorschlag zu, während ihn 25% ablehnen. Das Vorhaben findet

bei allen Parteien ein absolutes Mehr, wobei die Zustimmung bei Sympathisanten der Grünen Partei mit 80% am höchsten ausfällt. Ab dem 25. Lebensjahr sinkt die Zustimmung für den Vorschlag mit zunehmendem Alter. Die 25 bis 34 Jährigen stimmen mit 70% am stärksten zu.

Benzinsteuer

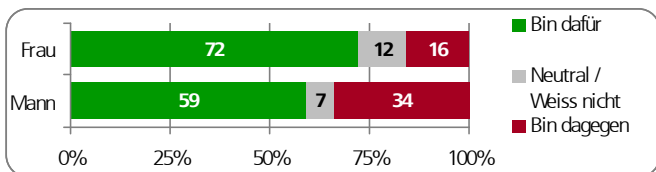
Motorfahrzeugsteuern sind unter Umständen ein Mittel, um den Autokauf hin zu energiesparenden Modellen zu lenken. Viele Leute berechnen aber beim Kauf eine allfällig höhere Steuer nicht ein, was die Lenkungswirkung der Steuer reduziert. Eine Möglichkeit dieses Problem zu umgehen besteht darin, den Kaufpreis eines energieintensiven Neuwagens an sich mittels einer „Benzinsteuer“ zu erhöhen. Dabei wird der Kaufpreis bei Autos mit mehr als 5 Liter Benzinverbrauch pro 100 Kilometer für jeden weiteren Liter Benzinverbrauch um 2000 Franken erhöht. Dafür wird die Motorfahrzeugsteuer abgeschafft.

Die Schweiz ist bezüglich dieses Vorschlags mit 41% Ja-Stimmen gegenüber 40 Nein-Stimmen unentschieden. Bei Anhängern von Grünen, Grünliberalen, SP und EDU findet der Vorschlag eine absolute Mehrheit. Männer lehnen den Vorschlag deutlicher ab als Frauen. Das Vorhaben wird in Städten stärker unterstützt als auf dem Land.

Verkaufs- und Importverbot

Durch ein Verkaufs- und Importverbot ab dem Jahr 2015 von Fahrzeugen, die mehr als 10 Liter Benzin oder Diesel pro 100km verbrauchen, soll der CO₂-Ausstoss der Schweiz reduziert werden.

Der Vorschlag wird gesamtschweizerisch von 66% angenommen und von 24% abgelehnt. Ausser bei Sympathisanten der SVP (47% dafür) findet der Vorschlag bei allen Parteianhängern eine absolute Mehrheit. Die grösste Zustimmung findet er bei den Grünen mit 92%. Mit steigendem Alter nimmt die Befürwortung zu. Ab 3000 Franken nimmt mit steigendem Einkommen die Ablehnung zum Vorhaben zu. Frauen stimmen dem Vorschlag signifikant deutlicher zu als Männer.

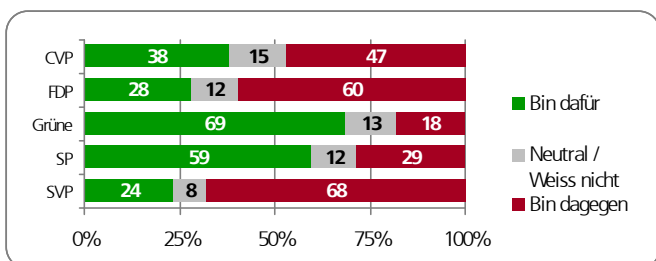


Ein Verkaufs- und Importverbot für Autos mit hohem Treibstoffverbrauch wird von Frauen stärker befürwortet.

Roadpricing für grosse Städte

Um den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren, wurde in London und einigen anderen Städten das Roadpricing eingeführt. Wer mit dem Auto in die Innenstadt fahren will, hat eine Gebühr zu entrichten. Ein ähnliches Modell wird nun für die Schweiz vorgeschlagen.

Gesamtschweizerisch findet der Vorschlag mit einem 48% Nein- gegenüber einem 40% Ja-Anteil keine Zustimmung. Die grösste Unterstützung findet das Vorhaben bei den Anhängern der Grünen mit 69%, der Grünliberalen mit 64% und der SP mit 59% Ja-Anteilen. Die Ablehnung ist bei den Anhängern der SVP mit 68%, der SD mit 61% und der FDP mit 60% Nein-Anteilen am stärksten.



Sympathisanten von Grünen und SP befürworten Roadpricing in grossen Städten mit jeweils absolutem Mehr.

Weder ländliche noch städtische Gebiete stimmen dem Vorschlag zu. Die Ablehnung in ländlichen Gebieten fällt jedoch stärker aus.

Energieklassen

Elektrische Geräte beanspruchen rund 60% des schweizerischen Elektrizitätsverbrauchs. Um beim Kauf von elektrischen Geräten dem Käufer das Energiesparpotenzial aufzuzeigen, wurden so genannte Energieetiketten eingeführt. Anhand einer Energieeffizienzskala werden die Geräte von A (höchste Energieeffizienz) bis G (niedrigste Energieeffizienz) klassifiziert. Ein Vorhaben lautet nun, dass ab 2015 nur noch Geräte der Energieklassen A und B verkauft werden dürfen.

Der Vorschlag wird von 78% der Bevölkerung befürwortet, von 11% abgelehnt. Mit 93% findet das Vorhaben bei Anhängern der Grünen die grösste Zustimmung. Sympathisanten aller anderen Parteien nehmen den Vorschlag ebenfalls mit einer absoluten Mehrheit an. Die Unterstützung steigt mit zunehmendem Alter. Bis zur Einkommenskategorie von 12'000 Franken Monatseinkommen nimmt die Befürwortung zu. Mit zunehmender Bildung steigt tendenziell auch die Unterstützung.

Integrations- und Migrationspolitik

Übersicht

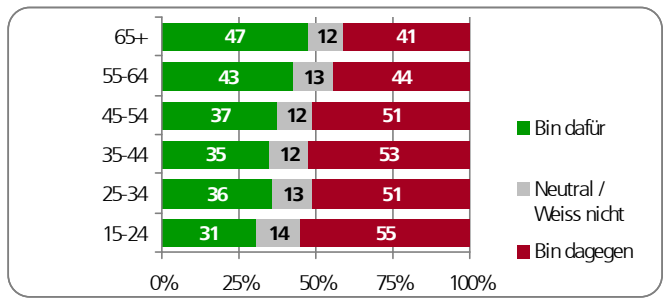
Nr.	Frage	Ja	k.A.	Nein
41	Bei einer Einbürgerung müssen andere Staatsbürgerschaften abgelegt werden. (Eine Doppelbürgerschaft ist für Ausländer, die sich in die Schweiz einbürgern lassen möchten, nicht mehr möglich.)	39%	23%	48%
42	Ausländer, die seit 8 Jahren in der Schweiz leben, erhalten das Stimmrecht auf Gemeindeebene.	45%	8%	47%
43	Ausländer, die seit 8 Jahren in der Schweiz leben, erhalten das Stimmrecht auf Kantonebene.	30%	11%	59%
44	Ausländer, die seit 8 Jahren in der Schweiz leben, erhalten das Stimmrecht auf Bundesebene.	21%	11%	68%
45	Ausländer, die nachweislich die Sozialwerke missbrauchen, werden des Landes verwiesen.	84%	8%	8%
46	Abgewiesene Asylbewerber, welche aufgrund unklarer Herkunft nicht ausgewiesen werden können, werden in kostengünstigen, gesicherten Unterkünften im Ausland untergebracht.	48%	24%	28%
47	Der Bau von Minaretten (muslimische Gebetstürme) wird in der Schweiz verboten.	47%	16%	37%
48	Einbürgerungen werden in Zukunft in Schweizer Gemeinden folgendermassen durchgeführt:			
	direkt vom Volk (Urne, Gemeindeversammlung)			36%
	von einer direkt vom Volk gewählten Einbürgerungskommission			30%
	von der Regierung (Exekutive) auf Gemeindeebene			26%
	Neutral / Weiss nicht			8%
49	Nicht-EU-Ausländer, welche länger als 2 Jahre in der Schweiz bleiben möchten, werden verpflichtet, die Sprache des jeweiligen Landesteils zu lernen.			
	Ja. Der Ausländer übernimmt die Kosten für Sprachkurse.			63%
	Ja. Die öffentliche Hand (Staat) übernimmt die Kosten für Sprachkurse.			25%
	Nein			7%
	Neutral / Weiss nicht			5%
50	Der Staat fördert Integrationsprogramme für Ausländer:			
	stärker als heute			36%
	etwas stärker als heute			21%
	gleich wie heute			22%
	etwas weniger stark als heute			4%
	weniger stark als heute			9%
	Neutral / Weiss nicht			8%
51	Das Engagement des Staates gegen Rassismus und Diskriminierung von Ausländern ist:			
	zu schwach			30%
	angemessen			44%
	zu stark			20%
	Neutral / Weiss nicht			6%

Die Integrations- und Migrationspolitik ist seit geraumer Zeit eines der dominierenden Themen in der Schweizer Politik. Der Abbau von kulturellen Spannungen ist ein zentrales Ziel der Integrations- und Migrationspolitik, welches Politiker durch verschiedene Massnahmen wie Bonus- und Malussysteme zu erreichen versuchen.

Doppelbürgerschaften

Das Völkerrecht erlaubt, dass Staaten die Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft als Bedingung für den Erwerb der neuen Staatsbürgerschaft festlegen können. Die Schweiz erlaubt bisher eine Doppel- und Mehrfachbürgerschaft.

Die Forderung, wonach andere Staatsbürgerschaften bei einer Einbürgerung künftig abgelegt werden müssen, wird von 48% der Bevölkerung abgelehnt, 39% sind dafür. Bei Frauen ist die Zustimmung mit 34% geringer als bei Männern mit 44%. Die Zustimmung ist in den Westschweizer Kantonen deutlich geringer als in der Deutschschweiz. Nur bei Sympathisanten der SVP und SD findet sich eine absolute Mehrheit zugunsten des Vorschlags mit 67% resp. 71%. Das Alter korreliert positiv mit dem Anteil der Befürworter.



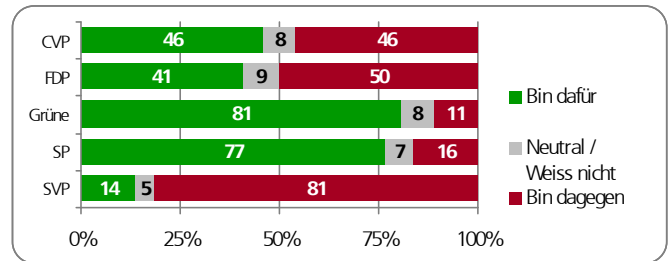
Ältere Personen befürworten die Abschaffung von Doppelbürgerschaften bei Einbürgerungen stärker

Stimmrecht für Ausländer

Die ausländische Wohnbevölkerung macht 2006 20.4% der Gesamtbevölkerung aus. Diese Gruppe hat wenige politische Beteiligungsrechte. Laut einer Forderung sollen seit 8 Jahren in der Schweiz lebende Ausländer das Stimmrecht in Gemeinden erhalten. Weitergehende Vorschläge beinhalten ein Stimmrecht auf Kantons- bzw. Bundesebene.

Diese Forderungen werden allesamt von relativen (auf Gemeindeebene) bzw. absoluten (auf Kantons-

und Bundesebene) Mehrheiten abgelehnt. Die Ablehnung steigt dabei mit der Staatsebene. Das Stimmrecht auf Gemeindeebene wird schweizweit von 47%, dasjenige auf Kantonsebene von 59% und dasjenige auf Bundesebene von 68% der Bürger abgelehnt. Anhänger von SP und Grünen stimmen allen drei Vorhaben mit relativen (Bundesebene) bzw. absoluten (Gemeinde- und Kantonsebene) Mehrheiten zu.



Auf Gemeindeebene befürworten Nahestehende von Grünen und SP das Ausländerstimmrecht

Das Stimmrecht auf Gemeindeebene wird in allen Westschweizer Kantonen ausser im Wallis von relativen Mehrheiten unterstützt. Für das Stimmrecht auf Kantonsebene bestehen relative Mehrheiten in den Kantonen Genf, Waadt und der Region K3. Ein Stimmrecht auf Bundesebene wird in keinem Kanton befürwortet.

Ausschaffung bei Missbrauch

Laut einer kommenden Volksinitiative sollen unter anderem Ausländer, welche missbräuchlich Leistungen der Sozialhilfe oder Sozialversicherungen bezogen haben, ausgeschafft werden.

84% der Bevölkerung wünschen sich, dass solche Personen des Landes verwiesen werden, 8% sind dagegen. Mit zunehmendem Alter steigt die Akzeptanz zum Vorschlag, wobei die Zustimmung in allen Alterskategorien hoch ist. Anhänger aller Parteien befürworten das Vorhaben mit einer absoluten Mehrheit. Bei Nahestehenden der Grünen beträgt die Zustimmung 61%, bei jenen der SVP 98%. Eine deutliche Befürwortung von mindestens 70% findet sich in allen Kantonen. In der Westschweiz ist die Zustimmung jedoch leicht tiefer als in der Deutschschweiz.

Abgewiesene Asylbewerber

Oftmals können abgewiesene Asylbewerber aufgrund ihrer unklaren Herkunft nicht ausgewiesen werden. Gewisse Stimmen fordern deshalb eine Unterbringung von abgewiesenen Asylbewerbern in kostengünstigen, gesicherten Unterkünften im Ausland.

48% der Bevölkerung befürworten diesen Vorschlag, 28% sind dagegen. Anhänger der EDU, FDP, SD und SVP befürworten den Vorschlag mit einer absoluten, Anhänger der CVP und LPS mit einer relativen Mehrheit. Bei Männern findet sich eine absolute Mehrheit von 54%, bei Frauen ist die Mehrheit zu Gunsten des Vorschlags mit 43% nur relativ. In allen Kantonen ausser dem Waadt findet sich mindestens eine relative Mehrheit zu Gunsten des Vorhabens.

Verbot von Minaretten

In verschiedenen Kantonen und Gemeinden gibt es Bestrebungen, den Bau von muslimischen Gebetstürmen (Minarette) einzuschränken oder zu verbieten. Auf nationaler Ebene ist eine Volksinitiative in Vorbereitung, welche ein solches Verbot fordert.

47% der Bevölkerung befürworten ein Bauverbot für Minarette, 37% sind dagegen. Der Vorschlag wird in der West- und der Deutschschweiz ähnlich bewertet, wobei die Unterstützung in der Ostschweiz höher ist. Im Kanton Tessin erhält das Vorhaben mit 61% schweizweit die höchste Zustimmung. Auf dem Land sind mit 53% mehr Personen für ein Verbot als in Städten mit 44%. Ab 3000 Franken nimmt die Unterstützung mit zunehmendem Einkommen ab.

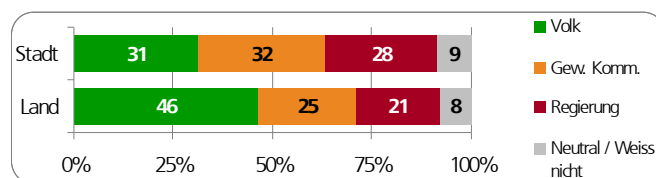


Im Tessin wird ein Minarettverbot am stärksten befürwortet, während ein solches in urbanen Regionen auf niedrige Zustimmung stösst

Durchführung von Einbürgerungen

Einbürgerungen werden heute vorwiegend von Regierungsstellen vorgenommen, die direkt oder indirekt vom Volk gewählt sind. Einige Gemeinden haben Einbürgerungen an der Urne durchgeführt, was zu diversen Diskussionen geführt hat.

36% der Bevölkerung möchten Einbürgerungen in Schweizer Gemeinden direkt vom Volk durchführen lassen. 30% bevorzugen eine gewählte Einbürgerungskommission. Weitere 26% finden, dass die Regierung für Einbürgerungen zuständig sein soll. 68% der Sympathisanten der SVP und 73% der SD möchten Einbürgerungen direkt vom Volk durchführen. Bei Anhängern der SP beträgt dieser Anteil 13%, bei den Liberalen 9%. Der Anteil der Bevölkerung, welcher sich Einbürgerungen durch das Volk wünscht, ist auf dem Land mit 46% signifikant höher als in den Städten mit 31%.



Personen, die auf dem Land leben, wünschen sich eher, dass Einbürgerungen vom Volk entschieden werden

Obligatorium für Landessprache

Ein wichtiger Faktor zur Integration von Ausländern ist das Beherrschen einer Landessprache.

Zur Frage, ob Nicht-EU-Ausländer obligatorische Kurse zur Erlernung der Landessprache besuchen müssen, äussern sich 88% der Bevölkerung grundsätzlich zustimmend. Insgesamt 63% der Bevölkerung sind der Ansicht, dass diese Kurse von den entsprechenden Ausländergruppen selbst bezahlt werden sollen. 25% finden, dass der Staat diese Kosten übernehmen soll. In allen Kantonen sprechen sich relative Mehrheiten für obligatorische Sprachkurse aus, die von den Betroffenen selbst bezahlt werden müssen. Ein Obligatorium (eigener oder staatsfinanziert) wird von Sympathisanten aller Parteien unterstützt.

Integrationsprogramme

Um die Integration von Ausländern voranzutreiben, schlagen gewisse Politiker staatlich geförderte Integrationsprogramme vor.

Zur Frage, ob der Staat solche Integrationsaktivitäten stärker als heute fördern soll, äussern sich 56% der Bevölkerung zustimmend. 22% sprechen sich dafür aus, dass die Förderung auf dem heutigen Niveau beibehalten wird. Weniger staatliche Integrationsförderung wird von 12% der Bevölkerung verlangt. 74% der Akademiker wünschen sich mehr staatliche Integrationsaktivität. Eine absolute Mehrheit der Sympathisanten von SP und den Grünen wünschen sich mehr staatliches Integrationsengagement.

Anti-Rassismus Engagement

Mit verschiedenen Massnahmen bekämpft der Staat Rassismus und die Diskriminierung von Ausländern und Minderheiten. So arbeitet beispielsweise eine Kommission gegen Rassismus gegen die Beseitigung jeglicher Form von Rassendiskriminierung.

44% der Bevölkerung finden das Engagement des Staates angemessen. Zu schwach finden es 30% und zu stark 20%. Mit zunehmendem Alter sinkt der Anteil derjenigen, die das Engagement als zu schwach empfinden. Westschweizer meinen eher als Deutschschweizer, dass der Staat sich zu wenig gegen Rassismus und Diskriminierung einsetzt.

Stichprobe und Methodik

Fragebogen

Der Fragebogen umfasst insgesamt 51 Fragen. Mit den zwölf ersten Fragen werden soziodemographische Angaben zur Person und zu deren Stimmverhalten erhoben. Die restlichen 39 Fragen sind in die vier Themenbereiche Familien- und Jugendpolitik, Wirtschaftspolitik, Energie- und Klimapolitik sowie Integrations- und Migrationspolitik. Sämtliche Fragen sind geschlossen und erlauben genau eine Antwort, sofern nichts anderes angegeben ist.

Datenerhebung

Die Daten sind anhand des oben beschriebenen Fragebogens durch die Online-Umfrage vom 29.10.2007 bis zum 03.01.2008 erhoben worden. Teilnehmen konnten alle Personen mit Internetzugang

Um ein mehrfaches Teilnehmen und ein zufälliges Ausfüllen des Fragebogens zu verhindern, wurden verschiedene technische Hilfsmittel eingesetzt. 2729 Antworten bei denen ein Verdacht auf Manipulation (Mehrfachteilnahme oder zufälliges Ausfüllen) bestand, wurden vor der Auswertung entfernt.

Für die Auswertung wurden Antworten von Nicht-Schweizer Bürgern entfernt. Dies war notwendig, da nicht genügend in der Schweiz wohnhafte Ausländer an der Umfrage teilgenommen haben.

Stichprobe

Die Stichprobe umfasst nach Löschung der 2729 Teilnehmer mit Verdacht auf Manipulation sowie Entfernung der Antworten aller unter 15-jährigen (2011) und nicht Schweizer Bürger (2284) **18'506 Teilnehmer**. Diese Stichprobe wäre unbearbeitet nicht repräsentativ. Sie enthält grundsätzlich folgende statistische Verzerrungen:

Soziodemographische Verzerrung: Junge, gut gebildete und reiche Männer haben besseren Zugang zum Internet und haben daher überproportional stark an der Umfrage teilgenommen.

Psychographische Verzerrung: Vor allem die Altersgruppe der über 65 Jährigen, bei welchen die

Durchdringung mit Internetanschlüssen eher gering ist, kann eine psychographische Abweichung zum Tragen kommen. Dies, da technologieaffine Personen eher einen Internetzugang haben als technologieaverse Personen. Die Teilnahme an der Umfrage erfolgte auf Initiative der Teilnehmer selbst. Es haben daher vorwiegend politisch interessierte Personen an der Umfrage teilgenommen, welche sich in der Regel auch an Volksabstimmungen beteiligen.

Um die soziodemographische Verzerrung zu korrigieren, wurden die Antworten nach den Kriterien Bildung, Geschlecht, Kanton und Alter gewichtet. Dabei wurden die Daten der Volkszählung 2000 vom Bundesamt für Statistik als Grundlage verwendet. Die Kriterien Einkommen und Beruf korrelieren stark mit der Bildung, weshalb nicht separat nach diesen gewichtet wurde.

Regionen

Um den Effekt der Verzerrungen möglichst gering zu halten, wurden bei der Auswertung keine Aussagen über Gruppen mit weniger als 450 Teilnehmern gemacht. Aus diesem Grund wurden einzelne Kantone die weniger als 450 Teilnehmer zu verzeichnen haben, mit anderen Kantonen zu Regionen zusammengelegt. Ein Rückschluss vom Ergebnis einer Region auf den einzelnen Kanton innerhalb dieser Region ist nicht möglich. Folgende Kantone wurden zu Regionen zusammengefasst:

Region	Name	Kantone
K1	Nordostschweiz	SH, TG
K2	Ostschweiz	SG, AI, AR
K3	Nordwestschweiz	NE, JU
K4	Zentralschweiz	OW, NW, UR, ZG
K5	Südostschweiz	GR, GL

Danksagungen

Ohne die grosszügige Unterstützung von verschiedenen Persönlichkeiten, Unternehmen und Organisationen wäre die Durchführung des Projekts Perspektive Schweiz nicht möglich gewesen. Wir danken herzlich für das Engagement und die wertvollen partnerschaftlichen Beiträge.

Ein herzlicher Dank geht an:

- die Mitglieder des Patronats: Doris Leuthard , Ueli Maurer, Fulvio Pelli, Hans-Jürg Fehr und Ruth Genner.
- die Hauptsponsoren:



- den Kommunikationspartner



- die Medienpartner:



- die Internetpartner:



- die Organisationen

